

## Protokoll

### über die 23. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag dem 17.09.2015, im Ratssaal des Rathauses

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

#### Anwesend:

#### CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener  
Frau Rita Dietrich  
Frau Kerstin Dorbandt  
Herr Christian Fuchs  
Frau Heidemargret Garling  
Herr Michael C. Kissig  
Herr Ulrich Kloevekorn  
Herr Peter Kramer  
Herr Jan Lüchau  
Herr Michael Schernikau  
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender  
1. stellv. Stadtpräsident  
1. stellv. Bürgermeister

#### WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan  
Herr Joachim Funck  
Frau Birgit Neumann-Rystow  
Frau Renate Palm  
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender  
Stadtpräsidentin  
2. stellv. Bürgermeister

#### Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer  
Frau Aysen Ciker  
Frau Gudrun Jungblut  
Frau Petra Kärgel  
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin  
Fraktionsvorsitzender

#### SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop  
Herr Manfred Eichhorn  
Frau Sophia Jacobs-Emeis  
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister  
Fraktionsvorsitzende

#### FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann  
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Faktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy  
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder  
Frau Marieke Leidner

Vorsitzende

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung  
Frau Angela Gärke  
Herr Thomas Jung-Pünjer  
Herr Klaus Lieberknecht  
Herr Dennis Rogalla  
Herr Niels Schmidt  
Herr Volkmar Scholz  
Herr Ralf Waßmann  
Frau Martina Weisser

zu TOP 5

zuu TOP 5  
Bürgermeister

Schriftführerin

Presse:

Oliver Gabriel  
Frau Katy Krause

Wedel-Schulauer-Tageblatt  
Pinneberger Zeitung

Gäste:

Arne Simon Lüders

Vertretungsberechtigter  
Bürgerbegehren Feldstraße zu  
TOP 1 und 5

Norbert Offergeld

Vertretungsberechtigter  
Bürgerbegehren Feldstraße zu  
TOP 5

Herr Dr. Lutz Steinmüller

Vertretungsberechtigter  
Bürgerbegehren Feldstraße zu  
TOP 5

Stadtentwässerung:

Frau Petra Hesse

zu TOP 9

Stadtwerke:

Frau Julia Kuhr

zu TOP 10



Frau Babette Schumacher

zu TOP 10

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Frau Ingrid Paradies

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Es waren bis einschließlich TOP 5 ca. 60 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt die Vorsitzende, Stadtpräsidentin Frau Palm, alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch die Anwesenheit von 29 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor. Die Verwaltung möchte, dass die Beschlussvorlage Nr. 107/2015 - Ankauf von Schulcontainern für die Moorwegschule - im Wege der Dringlichkeit zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Der Bürgermeister begründet die Dringlichkeit. Er führt aus, dass der Fachausschuss in der letzten Sitzung einstimmig die Erstellung von Beschlussvorlagen für die November-Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport gefordert hatte. Es ist unstrittig, dass die Container dringend benötigt werden. Entsprechend waren bereits 260.000,- Euro für den Haushalt 2016 angemeldet. Jetzt liegt ein Angebot vor für 2 gebrauchte Container vor, die sich in sehr gutem Zustand befinden. Inklusive Aufbau und Einrichtung werden Kosten von ca. 100.000,- Euro anfallen. Als Deckungsvorschlag würde sich das Budget „Klassenraumcontainer GHS“ anbieten, da diese nur angemietet wurden. Ursprünglich waren hier auch 185.000,- Euro für den Ankauf eingeplant. Ausreichende Mittel wären also vorhanden.

Der Anbieter drängt aber auf eine sehr kurzfristige Entscheidung, da die Nachfrage nach Containern zur Zeit sehr hoch ist. Bis zur nächsten möglichen Ratsentscheidung - das wäre der 15.10. - möchte der Anbieter nicht warten.

Da nicht absehbar ist, dass in nächster Zeit die Kosten für Container sinken werden und gebrauchte gut erhaltene Container nur sehr schwer zu bekommen sind, bittet Herr Schmidt den Rat, heute im Wege der Dringlichkeit zu entscheiden.

Der Rat beschließt einstimmig:

**Beschluss**

**Die BV 107/2015 wird wegen Dringlichkeit in die heutige Tagesordnung aufgenommen.**

Frau Palm legt fest, dass die BV unter dem neuen TOP 11 behandelt wird.

Jetzt beschließt der Rat mit 25:2:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

**TOP neu 13-15 (alt 12-14) werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.**



Da es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, kann diese jetzt in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

# T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 22. Sitzung vom 16.07.2015
- 3.) Schriftliche Anfragen
- 4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
- 5.) Bürgerentscheid Feldstraße/ Rudolf-Breitscheid-Straße
  - 5.1 Bürgerentscheid Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße  
hier: Terminfestlegung
  - 5.2 Bürgerentscheid Feldstraße/ Rudolf-Breitscheid-Straße  
hier: Standpunkt und Begründung der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens
  - 5.3 Bürgerentscheid Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße  
hier: Standpunkt und Begründung des Rates der Stadt Wedel
- 6.) Landschaftsplan der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstrechreibung "BusinessPark Elbufer Wedel"
  - 6.1 Antrag der Bd.90/Grüne-Faktion zur BV / 2015/ 080
  - 6.2 Beschlussvorlage Nr. BV/2015/080 zum Landschaftsplan der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstrechreibung "BusinessPark Elbufer Wedel"
- 7.) 1. Änderung des Flächennutzungsplans (BusinessPark Elbufer)
  - 7.1 Antrag der Bd.90/ Grüne-Faktion zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes
  - 7.2 Beschlussvorlage Nr. BV/2015/081 zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans (BusinessPark Elbufer Wedel)
- 8.) Ausbau der Heinrich-Schacht-Straße - Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln
- 9.) Jahresabschluss 2014 der Stadtentwässerung Wedel
- 10.) Beteiligung der Stadtwerke Wedel Beteiligungs GmbH an der Gründung einer Gesellschaft zur Realisierung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien



- 11.) Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für die Anschaffung von Klassenraum-Containern;  
hier: Moorwegschule

12.) Mitteilungen und Anfragen

12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

12.2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltjahres 2015 (1. Halbjahr)

12.3 Anfrage der SPD "Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung"

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 13.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 22. nichtöffentlichen Sitzung vom 16.07.2015

14.) BusinessPark Elbufer

14.1 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer

14.2 Grundstücksangelegenheit am BusinessPark Elbufer

15.) Mitteilungen und Anfragen

15.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

16.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern Frage gestellt bzw. Anregungen gegeben.

Grünfläche Feldstraße/Ecke Rudolf-Breitscheid-Straße

Herr Lüders lobt die Anpflanzungen auf dem ehemals sehr spartanisch bepflanzten Rathausplatz und wünschte sich, dass die Grünfläche Feldstraße/Ecke-Rudolf-Breitscheid-Straße auch so schön bepflanzt werden würde. Er führt aus, dass die Befürworter für den Erhalt der Grünfläche aufgrund der schon sehr verdichten Bebauung in dem Quartier eine weitere Verdichtung ablehnen. Die Befürworter sehen nicht das große Ganze, sondern ihren Teil Heimat. Der Initiative geht es ausschließlich um den Erhalt der Grünfläche, sie spricht sich gegen jegliche Bebauung aus. Keinesfalls richtet sich das Bürgerbegehr gegen irgendeine Gruppe. Abschließend stellt Herr Lüders die Frage in den Raum, ob man an der Stelle wirklich 50 Personen wohnen lassen möchte, wenn man die Beschreibung des Grundstückes aus der Stellungnahme der Stadt liest.



### Zugriff auf Immobilien-Leerstände durch die Stadt

Der Einwohner Herr Imbeck fragt, ob es möglich ist, dass die Stadt auf leere mögliche Unterbringungsräumlichkeiten zugreifen könnte.

Herr Schmidt antwortet, das dieses rechtlich nur sehr sehr schwer umsetzbar und durch alle Instanzen durchgeklagt ist. Er weiß, dass in den Medien hierüber berichtet wird, aber die rechtlichen Bestimmungen in der Form, wie sie zur Zeit vorliegen, machen derartige Zugriffe nahezu unmöglich. Eine Ausnahme gibt es . Rein theoretisch wäre ein Zugriff zur Gefahrenabwehr möglich. Davor müssten aber sämtliche anderen Möglichkeiten wie z.B. Unterbringungen in Zelten, Turnhallen oder anderen Gebäuden durchgeprüft und unmöglich sein.

Die Stadt nutzt bereits privaten Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen, das ist aber in allen Fällen einvernehmlich vertraglich geregelt.

### Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen

Der Einwohner Herr Naht fragt, ob die Stadt genügend Haushaltssmittel für die Unterbringung hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass die reinen Kosten der Unterkunft der Stadt ersetzt werden, allerdings muss Wedel für die Folgekosten, die mit einer Unterbringung in Wedel einhergehen, selber aufkommen.

### Bürgerbegehren Grünfläche Feldstraße/Ecke Rudolf-Breitscheid-Straße

Die Einwohnerin Frau Jasker stellt 2 Fragen.

#### Frage 1:

Verursacht durch Kriege, Verfolgung, Gewalt und Not sind mehr als 60 Mio Menschen weltweit auf der Flucht und Hundertausende auf dem Weg nach Deutschland. Die Auswirkungen der Flucht machen auch vor unserer Stadt nicht Halt. Das bedeutet, dass die große, weltweite Tragödie auch uns hier ganz unten betrifft. Wir sollten uns dadurch nicht auseinanderdividieren lassen. Deshalb fragt sie die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens:“ Können Sie nicht angesichts der großen humanitären Herausforderung auf den Bürgerentscheid verzichten und dem Bau der Unterkunft an der Feldstraße einfach zustimmen?

Eine Antwort wünscht sie sich zu TOP 5.2, unter welchem die Vertretungsberechtigten ihren Standpunkt darlegen werden.

#### Frage 2:

Wenn der Bürgerentscheid am 29.11. unumgänglich ist, werden die Wahlberechtigten Wedels sehr suggestiv gefragt, ob sie nicht für eine der letzten Grünflächen im Herzen Wedels seien. Dass es bei dem Entscheid um eine dringend benötigte Unterkunft für Menschen geht, kann man der Frage nicht entnehmen. Sie fragt die Verwaltung:

„Wie kann die Stadt sicherstellen, dass die Wahlberechtigten erfahren, um welche Alternativen es beim Volksentscheid geht ?“

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt der Neutralitätspflicht unterliegt. Mit den Abstimmungsunterlagen werden alle Abstimmungsberechtigten die Standpunkte und Begründungen der Initiative, aber auch der Stadt erhalten. Aus den

---



Begründungen und dem Standpunkt der Stadt geht deutlich hervor, dass geplant ist, auf der Grünfläche eine Wohnunterkunft zu errichten. Er weist auch noch einmal darauf hin, dass das Innenministerium der Fragestellung der Initiative zugestimmt hat.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

**2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 22.Sitzung vom 16.07.2015**

Frau Jungblut bittet um eine Protokolländerung. Diese ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Degener ist nicht einverstanden mit der neuen Formulierung. Es folgt eine kontroverse Auseinandersetzung zwischen Frau Jungblut und Herrn Degener. Herr Kissig schlägt vor, beide Passagen zu streichen, da diese für das Protokoll und den damaligen Beschluss zum AWO-Vertrag keinen Mehrwert haben. Nach kurzer weiterer Debatte zwischen Frau Jungblut und Herrn Degener erklärt sie auf Nachfrage der Stadtpräsidentin, dass es ihr zwar außerordentlich schwer falle, sie aber einverstanden ist, Absatz 1 und Absatz 3 komplett zu streichen. Auch Herr Degener erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.  
Jetzt beschließt der rat mit der Änderung, dass auf Seite 13 zu TOP 6 Abs.1 und Abs. 3 gestrichen werden, mit 26:0:3 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

**Das Protokoll wird genehmigt.**

**3.) Schriftliche Anfragen**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

**4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern**

Der Rat beschließt einstimmig:

**Beschluss**

**Der Rat entsendet als 1. Vertreterin der SPD-Fraktion in die Kindertagesstättenkuratorien**

**Frau Sophia Jacobs-Emeis.**

**5.) Bürgerentscheid Feldstraße/ Rudolf-Breitscheid-Straße**

**5.1.) Bürgerentscheid Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße  
hier: Terminfestlegung  
Vorlage: BV/2015/090**

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Der Rat beschließt einstimmig:



**Beschluss**

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, die Durchführung des Bürgerentscheides über die Bebauung der Grünfläche in der Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße auf Sonntag, den 29. November 2015 festzulegen.

**5.2.) Bürgerentscheid Feldstraße/ Rudolf-Breitscheid-Straße**  
**hier: Standpunkt und Begründung der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens**

Herr Dr. Steinmüller und zu einem Teil Herr Lüders, tragen als Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens Standpunkt und Begründungen der Initiative in einem knapp 15 minütigen Beitrag vor, die sich für den Erhalt der Grünfläche Feldstraße/Ecke-Rudolf-Breitscheid-Straße einsetzt. Dabei stellen sie in einem kurzen begleitenden Filmbeitrag die Grünfläche aus unterschiedlichen Perspektiven vor.

Es werden von keinem Ratsmitglied Fragen gestellt.

**5.3.) Bürgerentscheid Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße**  
**hier: Standpunkt und Begründung des Rates der Stadt Wedel**  
**Vorlage: BV/2015/088**

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt auch diese Beschlussvorlage vor, dabei weist er auf die verteilte nachgereichte Vorlage hin, in der die vom HFA gegebenen Empfehlungen zur Begründung des Rates eingearbeitet sind.

Der Rat beschließt einstimmig:

**Beschluss**

**Der Rat beschließt als Standpunkt und Begründung des Rates zum Bürgerentscheid die Anlage zu dieser Vorlage.**

Die Anlage ist dem Protokoll beigefügt.

**6.) Landschaftsplan der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstudie "BusinessPark Elbufer Wedel"**

**6.1.) Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion zur BV / 2015/ 080**

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Sodann trägt Herr Wuttke den Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion vor, der dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er weist dabei zu Beginn seines Vortrags darauf hin, dass derselbe Antrag und seine hierzu unter diesem TOP abgegebenen Erläuterungen auch für den folgenden TOP 7 gelten sollen.

Frau Borgmeyer verlässt den Ratssaal, es sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Sodann führt Herr Wuttke zu seinem Antrag begründend aus, dass die Stellungnahmen, Anregungen und Einwände der benachbarten Behörden, Verbände oder sonst Betroffenen eingegangen sind. 2 dieser Einwände werden von der Stadt Wedel nicht beachtet, diese sollen aber nach Auffassung der Grüne-Fraktion beachtet werden. Daher stellen die Grünen den soeben verlesenen Antrag.



Er erläutert sodann die vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich Breite des Grünstreifens an der an Hamburg angrenzenden Seite, hinsichtlich einer ökologisch wertvolleren Gestaltung der geplanten Anpflanzungen und hinsichtlich der Reduzierung der Gebäudehöhen im Südosten und einer gleichzeitigen Vergrößerung der Abstände im Bereich des Grenzweges. Von der Verwaltung erwarten die Grünen Kompensierungsvorschläge zum Verlust von Geschossflächen, der sich durch den Grüne-Antrag ergeben würde.

Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion erklärt, dass sich auch die SPD-Fraktion mit einer Verbreiterung der Grünfläche in dem betroffenen Bereich anfreunden kann. Dieses wäre außerdem auch Hamburg gegenüber ein Zeichen des Entgegenkommens. Die SPD möchte allerdings, noch weiter gehender als die Grünen, keine Mulden, sondern im Gegenteil, Wälle anlegen. Hinsichtlich der Bepflanzung geht die SPD-Fraktion davon aus, dass selbstverständlich einheimische Pflanzen und Gehölze angepflanzt werden.

Herr Dr. Murphy erklärt in der weiteren Aussprache, dass es ihm eigentlich widerstrebt, gegen die Wedeler Argumente zu handeln, dennoch werden die Linken dem Grüne-Antrag zustimmen. Die Linken sind überzeugt, dass sich mit diesem Beschluss, der ein Entgegenkommen für die Hamburger Seite bedeuten würde, die Position der Stadt Wedel in dem Rechtsstreit hierzu sich maßgeblich verbessern würde. Ein wesentlicher Schaden entstände der Stadt Wedel dabei nicht. Die Linken können auch dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Frau Koschorrek für die FDP-Fraktion gibt bekannt, dass die FDP dem Antrag der Grüne-Fraktion, aber auch dem Antrag der SPD-Fraktion, nicht zustimmen wird. Durch das starrsinnige Verhalten der Stadt Hamburg musste die Stadt Wedel das Normenkontrollverfahren einleiten. Mit Blick auf die Argumente von Herrn Eichhorn und Herrn Dr. Murphy stellt sie fest, dass jetzt kein vorausseilender Gehorsam sein muss. Man kann die Möglichkeiten im Rahmen der Einigungsgespräche später als Masse im Hinterkopf behalten.

Herr Schmidt macht noch einmal deutlich, dass die Stadt Wedel ein Normenkontrollverfahren gegen den B-Plan der Stadt Hamburg eingeleitet hat, da spielt es keine Rolle, ob man hier oder da etwas anderes gestaltet haben möchte. Er informiert die Ratsmitglieder in diesem Zusammenhang darüber, dass er auf Anregung Herrn Wuttkes das Gespräch mit dem hamburgischen Bürgermeister Olaf Scholz gesucht hatte. Nach dem Gespräch mit dem Leiter der Hamburger Staatskanzlei stellte dieser sodann fest, dass Wedel sich bewegt hat, Hamburg aber nicht.

Vor Beschluss über den Grüne-Antrag fragt Frau Palm Herrn Wuttke und Herrn Eichhorn, ob für diese vorstellbar wäre, dass der Vorschlag der SPD zur Errichtung eines Walls in den Grüne-Antrag einfließen könnte. Beide erklären sich damit einverstanden. Damit kann über beide Anträge zusammen abgestimmt werden.

Der Rat beschließt mit 11:17:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

### Beschluss

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Jetzt erklärt Herr Eichhorn für die SPD, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen wird, obwohl der soeben gestellte Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt wurde.

Frau Jungblut stellt vor der Beschlussfassung zu diesem TOP die folgenden 2 Fragen:

---

**Frage 1**

**Zu 6.2.1 Zustand der Schutzgüter, jeweils Seite 12**

**Wohnumfeld:**

Hier heißt es u.a.: „...Auf Wedeler Gebiet erfolgen im *direkten Umfeld* keine Wohn- und Mischgebietsdarstellungen.“

In Bezug auf die Wohngebiete Tinsdaler Weg, Am Rain, Brombeerweg u.a. rund um den Hellgrund fragt Frau Jungblut, inwieweit diese zum „*direkten Umfeld*“ dazugehören und warum diese nicht aufgeführt sind.

Wie ist der Begriff „*direktes Umfeld*“ definiert?

**Frage 2**

**Seite 13/14- Schutzgut Boden und Grundwasser:**

In dem bisherigen Landschaftsplan erfolgen großflächige Darstellungen gewerblicher Bauflächen sowie einer kleineren Sondergebietsfläche. Aktuell stellt sich das Gebiet als einfaches begrüntes und aufgehöhtes Sanierungsgebiet dar, welches regelmäßig gemäht wird und auf dem umfassende Bodensanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden und im Hafenbereich noch durchzuführen sind.

Auf Seite 17 sind Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung aufgeführt.

Frage. Werden Boden und Wasser weiterhin regelmäßig untersucht? Mähen allein wird sicherlich nicht ausreichen. Wenn ja, in welchen Abständen? Wo werden die Ergebnisse veröffentlicht bzw. wann setzt die Mitteilungspflicht der Fachbehörde ein?

Herr Lieberknecht kann die Fragen heute nicht beantworten und sagt zu, dass diese nachgereicht werden.

Jetzt beschließt der Rat mit 24:4:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

1. Der Rat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der Auslegungen des Landschaftsplans der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstrechreibung „BusinessPark Elbufer Wedel“ abgegebenen Stellungnahmen.
  2. Der Rat beschließt den Landschaftsplan der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstrechreibung „BusinessPark Elbufer Wedel“.
  3. Der Rat billigt die Begründung einschließlich des Umweltberichts.
- 6.2.) Beschlussvorlage Nr. BV/2015/080 zum Landschaftsplan der Stadt Wedel 2009, 1. Teilstrechreibung "BusinessPark Elbufer Wedel"  
Vorlage: BV/2015/080

Sieh TOP 6.1.

- 7.) 1. Änderung des Flächennutzungsplans (BusinessPark Elbufer)
- 7.1.) Antrag der Bd.90/ Grüne-Fraktion zur 1.Änderung des Flächennutzungsplanes

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt auch diese Beschlussvorlage vor.

---



Herr Wuttke macht deutlich, dass sich der unter TOP 6 eingebrachte Grüne-Antrag hier auf den 1. Absatz der Beschlussvorlage bezieht.

Herr Eichhorn erklärt, dass die SPD noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Bauhöhen hat und daher möchte, dass die Beschlussvorlage in den Planungsausschusses zurückverwiesen wird. Dieses erhebt er zum Antrag.

Der Rat beschließt über den Rückverweisungsantrag der SPD mit 10:18:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Jetzt beschließt der Rat über den Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion mit 10:18:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Nun beschließt der Rat über die Beschlussvorlage mit 18:6:4 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

**Beschluss**

1. Der Rat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der Auslegungen der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes (BusinessPark Elbufer Wedel) abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden.
2. Der Rat beschließt die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Der Rat billigt die Begründung einschließlich des Umweltberichtes.

**7.2.) Beschlussvorlage Nr. BV/2015/081 zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans (BusinessPark Elbufer Wedel)**

**Vorlage: BV/2015/081**

Siehe TOP 7.1

**8.) Ausbau der Heinrich-Schacht-Straße - Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln**

**Vorlage: BV/2015/077**

Herr Wuttke verlässt den Ratssaal, es sind 27 Stimmberchtigte anwesend.

Herr Kloevekorn als Vorsitzender des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Frau Jungblut fragt die Verwaltung, inwieweit bei den seinerzeit geführten Gesprächen mit den Anliegern bereits auf mögliche Kostenerhöhungen hingewiesen wurde.



Erhöhen sich durch die Steigerung der Gesamtkosten die Anliegerbeiträge?  
Ist damit zu rechnen, dass sich durch die Erhöhung bei wenigen, mehreren oder den meisten Anliegern gravierende Auswirkungen ergeben könnten?

Herr Lieberknecht erklärt, dass er die 3. Frage nicht beantworten kann.

Herr Schmidt führt zu den beiden ersten Fragen aus, dass immer mit Kostenerhöhungen gerechnet werden muss, daher geht die Verwaltung auf die Anlieger auch immer mit einer gewissen Bandbreite auf die Anlieger zu. Das hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Frau Jacobs-Emeis kritisiert, dass hier gerade Fragen behandelt werden, für die der Fachausschuss und nicht der Rat zuständig ist.

Frau Palm entgegnet, dass sie diesbezüglich den Ratsmitgliedern nicht das Wort entziehen kann, sie kann lediglich appellieren, Fachfragen im Fachausschuss zu stellen.

Herr Wuttke ist wieder anwesend. Damit sind wieder 28 Stimmberechtigte im Ratssaal.

Der Rat beschließt jetzt einstimmig:

#### Beschluss

**Der Rat beschließt, für den Straßenausbau der Heinrich-Schacht-Straße überplanmäßige Mittel in Höhe von 80.000,- € bereit zu stellen.**

**Die Deckung der Kosten erfolgt aus dem Budget 5410-01738, Ausbau der Rudolf-Höckner-Straße.**

- 9.) Jahresabschluss 2014 der Stadtentwässerung Wedel  
Vorlage: BV/2015/083**

Der Rat beschließt einstimmig:

#### Beschluss

**Der Rat der Stadt Wedel stellt den Jahresabschluss der Stadtentwässerung Wedel für das Wirtschaftsjahr 2014 fest.**

**Es betragen**

<b>die Bilanzsumme</b>	<b>35.184.875,07 EUR</b>
<b>die Erträge</b>	<b>5.903.772,20 EUR</b>
<b>die Aufwendungen</b>	<b>5.867.021,92 EUR</b>
<b>der Jahresgewinn</b>	<b>36.750,28 EUR</b>

**Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 39.103,80 EUR wird die Abführung an den Haushalt der Stadt Wedel in Höhe von 37.092,91 EUR beschlossen.  
Der verbleibende Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

---



- 10.) **Beteiligung der Stadtwerke Wedel Beteiligungs GmbH an der Gründung einer Gesellschaft zur Realisierung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien**  
**Vorlage: BV/2015/092**

Frau Palm verweist zu Beginn der Beratung auf die heute dazu verteilte Tischvorlage, in der die Verwaltung Fragen aus dem HFA vom 07. September beantwortet.

Sie begrüßt sodann Frau Kuhr und Frau Schumacher von der Stadtwerke GmbH, die zu diesem TOP anwesend sind.

Sodann trägt Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses die Beschlussvorlage vor.

Für die WSI-Fraktion führt er anschließend aus, dass die WSI der Beschlussvorlage folgen wird. Investitionen in dieses Geschäftsfeld sind für die Stadtwerke dringend geboten. Der WSI ist bewusst, dass für den Erwerb brauchbarer Projekte schnelle Entscheidungen erforderlich werden und deshalb die entsprechenden Regularien jetzt beschlossen werden müssen. Die SWSI glaubt, dass die Chancen auf vernünftige Erträge sehr gut sind. Herr Dr. Bakan erklärt außerdem, dass er ganz persönlich auch sehr erfreut darüber ist, dass mit diesem Projekt Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzkonzeptes in Angriff genommen werden.

Herr Wuttke für die BD.90/Grüne-Fraktion erklärt, dass auch nach der Beratung im HFA für die Grüne-Fraktion nicht alle Bedenken verschwunden sind. Man kann heute nicht realistisch sagen, wie die Einnahmen sich entwickeln werden oder ob die 2 Millionen, die jetzt zu investieren sind, nicht später doch für andere Dinge fehlen werden, weil der Kreditrahmen beschränkt ist oder Wedel zumindestens unter der Aufsicht des Innenministers steht.

Zu Bedenken ist auch, dass ein Vorratsbeschluss bis 2048 die Gremien lange bindet. Die, die dies ggf. heute beschließen, sitzen dann längst nicht mehr in den Gremien. Er jedenfalls muss ganz sicher einen heutigen Beschluss später nicht mehr ausbaden. Trotz gewisser Bedenken werden die BD90./Grünen heute aber zustimmen.

Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion bezieht sich auf die aufgezeigten Bedenken Herrn Wuttkes und erklärt, dass die SPD-Fraktion eben aus diesen Gründen heute nicht zustimmen kann.

Herr Dr. Murphy findet es schön, dass die Stadtwerke sich im Bereich erneuerbarer Energien engagieren. Bedenken haben die Linken allerdings aufgrund des Vorratsbeschlusses über einen Zeitraum von 33 Jahren. Herr Dr. Murphy betont, dass das kein Misstrauen gegen die Stadtwerke oder gar gegen Mitarbeiter der Stadtwerke ist. Nein, vielmehr haben die Linken ein Misstrauen gegen die Entwicklungen auf dem Energiemarkt.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion zeigt auf, dass es sich nicht um einen Vorratsbeschluss bis 2048 handelt, sondern dass es sich um einen Vorratsbeschluss über einen Zeitraum von 4 Jahren handelt. 4 Jahre haben die Stadtwerke Zeit, sich für insgesamt für 2 Mio Euro einzukaufen bzw. Anteile zu erwerben. Die Bedenken der anderen Fraktionen teilt die CDU zu diesem Punkt daher nicht. Wedel hat keine eigenen Flächen für Windparks, daher müssen die Stadtwerke sich woanders einkaufen. Wer heute gegen die Beschlussvorlage stimmt, so Herr, Kissig, darf sich aber auch nicht länger das Mäntelchen „Klimaschutz“ umhängen. Der Rat sollte



aufhören zu sagen „man könnte, man müsste“. Nein der Rat kann sagen: „Wir können und wir wollen“.

Herr Herrmann für die FDP-Fraktion führt aus, das die FDP die Beschlussvorlage mitträgt. Längere Prognosen kann niemand abgeben, außerdem erinnert er hinsichtlich des Kredits auf die Aussagen des Bürgermeisters hierzu im HFA.

Frau Leidner vom Jugendbeirat fragt sich, woher die dringend benötigten Mittel für Flüchtlinge, Bildung und Kultur herkommen sollen. Natürlich ist sie auch für den Klimaschutz, aber ihrer Meinung nach werden 2 Mio Euro woanders jetzt dringender benötigt. Dieses bittet sie vor einer Entscheidung noch einmal zu bedenken.

Frau Jungblut stellt fest, dass es einerseits eine tolle Sache ist, die im Raum steht. Sie stuft allerdings den sehr langfristigen Vertragsabschluss als bedenklich ein. Verwundert ist sie über die Ausführungen von Herrn Kissig, wonach der Vorratsbeschluss nur für 4 Jahre gelten soll und nicht für 33 Jahre. Wenn es denn so wäre, wieso, fragt sich Frau Jungblut, steht das nicht so auch deutlich im Vertrag? Sie regt an, dass der Vertrag diesbezüglich in eine angemessenere Frist geändert wird.

Herr Schmidt führt aus, dass die Kreditaufnahme vom Innenminister bereits bei seiner Betrachtung des letzten Wedeler Haushaltes berücksichtigt wurde. Die Entwicklung in letzter Zeit war so, dass Kreditkürzungen in nahezu fast allen Kommunen angeordnet wurden. Wie die zukünftige Haltung des Innenministers hierzu ist, kann er nicht beurteilen. Mit Blick auf Frau Leidner erklärt Herr Schmidt, dass durch die Investitionen der Stadtwerke Einnahmen erzielt und zum großen Teil an die Stadt abgeführt werden. Und hieraus kann die Stadt dann z.B. für andere Bereiche Projekte oder Maßnahmen finanzieren. Hinsichtlich der Frage einer Vorratsbindung von nur 4 Jahren stimmt Herr Schmidt den Ausführungen Herrn Kissigs zu.

Auf Nachfrage Frau Jungbluts erklärt Frau Kuhrs von der Stadtwerke Wedel GmbH, dass es sich bei dem Vertrag tatsächlich um eine langfristige Laufzeit bis 2048 handelt, aber die tatsächliche Akquise-Zeit nur 4 Jahre beträgt. Nach 20 Jahren läuft die Abschreibung aus und ab dann beginnt die Zeit der richtig guten Renditen für die Stadtwerke GmbH.

Herr Barop verliest jetzt das Schreiben des Innenministers zu Kreditaufnahmen, was den Ratsmitgliedern auch bekannt ist. Danach sieht der Innenminister eine Kreditaufnahme als kritisch an, wenn auch noch kein Verstoß gegen das haushaltsrecht und die Gemeindeordnung vorliegt. Es geht jetzt um Gewinne, die in der Zukunft liegen, nichtsdestotrotz nimmt die SPD die Warnung des Innenministers ernst und wird daher nicht zustimmen.

Frau Jungblut fragt nach den Ausführungen von Frau Kuhrs noch einmal, warum denn nicht im Vertrag enthalten ist, dass die Akquise-Zeit nur 4 Jahre beträgt und danach keine weiteren Investitionen mehr erfolgen werden.

Herr Schmidt erwidert, dass das Vertragswerk das Ergebnis sehr vieler Beteiligter ist. Änderungen sind definitiv ausgeschlossen und nicht verhandelbar.

*Frau Borgmeyer ist wieder anwesend.*

Jetzt beschließt der Rat mit 22:5:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):



**Beschluss**

Der Rat nimmt den als Anlage Nr. 1 beigefügten Abwägungsbericht des Bürgermeisters gem. § 102 Abs. 1 Nr. 1 Gemeindeordnung (GO) zustimmend zur Kenntnis.

- b) Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter wie folgt zu beschließen:
- 1) Die Stadtwerke Wedel GmbH beteiligt sich mittelbar über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH an den folgenden Gesellschaften:
    - 1.1 Eine mittelbare Beteiligung über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH, an der die Stadtwerke Wedel GmbH unmittelbar und die Stadt Wedel an dieser mit einem Anteil in Höhe von 100% beteiligt ist, an der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ (oder einer ähnlichen Firmierung). Die Stadtwerke BeteiligungsGmbH beabsichtigt eine unmittelbare Beteiligung als Kommanditist an der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ mit einer Kommanditeinlage in Höhe von bis zu € 2.000.000 mindestens bis zum 31.12.2048.
    - 1.2 Eine mit der Beteiligung unter vorstehender Ziffer 1.1 zwingend verbundenen weiteren mittelbaren Beteiligung an der von der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ zu 100% gehaltenen Komplementärgesellschaft „*Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH*“ (oder einer ähnlichen Firmierung) mit einem Stammkapital von € 25.000,-.
  - c) Der Rat stimmt zu, dass mit der vorstehenden mittelbaren Beteiligung der Stadtwerke Wedel GmbH an der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“, die „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ ihrerseits bis Ende 2020 weiteren Gesellschaften beitritt oder weitere Unternehmen oder Beteiligungen erwirbt oder gründet, sofern in diesen Gesellschaften Projekte realisiert werden, die den in der Anlage 1 des Gesellschaftsvertrages der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ in seiner dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung festgeschriebenen Kriterienkatalog erfüllen, der diesem Beschluss als Anlage 2 beigelegt ist (Vorratsbeschluss mindestens bis 31.12.2048). Mit der Gründung oder dem Erwerb von Beteiligungen durch die „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ werden zugleich weitere mittelbare Beteiligungen der Stadt Wedel über die Stadtwerke Wedel GmbH und über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH begründet. Der Rat stimmt zugleich einer Veräußerung dieser Unternehmen/Beteiligungen nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags der „*Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG*“ in seiner dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung zu. Hiermit entfällt dann auch die entsprechende mittelbare Beteiligung der Stadtwerke Wedel GmbH und der Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH.
  - d) Der Rat erteilt die Zustimmung zum Abschluss und/oder Eintritt in sämtliche(r) Verträge, die im Rahmen dieser Beteiligung und Veräußerung erforderlich sind und
  - 11.) Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für die Anschaffung von Klassenraum-Containern;  
hier: Moorwegschule  
Vorlage: BV/2015/107

Herr Schmidt trägt die Beschlussvorlage vor und fasst die zu Beginn der Sitzung dargelegte Begründung noch einmal kurz zusammen.

Herr Barop erklärt, dass die SPD-Fraktion der Dringlichkeit zustimmen kann, da die Zahlen eine deutliche Sprache sprechen.

Frau Koschorrek für die FDP-Fraktion signalisiert ebenfalls Zustimmung und bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Zwicker für seinen Einsatz, durch den jetzt diese kostengünstige Variante vorgelegt werden konnte.

Frau Neumann-Rystow erklärt, dass auch die WSI zustimmen wird. Sie bedankt sich außerdem bei Herrn Springer für den vorgelegten Schulentwicklungsplan.

Jetzt beschließt der Rat einstimmig:

### **Beschluss**

**Der Rat beschließt, für die Anschaffung von 2 Klassenraum-Containern für die Moorwegschule außerplanmäßige Mittel in Höhe von 100.000,- € bereitzustellen.**

**Die Deckung erfolgt durch Reduzierung des Budgets 2182-01707 (Klassenraum-Container GHS) um denselben Betrag. Die Mittel stehen hier zur Verfügung, weil die Klassenraum-Container für die Brüder-Humboldt-Schule in diesem Jahr nicht gekauft, sondern gemietet wurden.**

## **12.) Mitteilungen und Anfragen**

### **12.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

### **12.2.) Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltjahres 2015 (1. Halbjahr) Vorlage: MV/2015/071**

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

### **12.3.) Anfrage der SPD "Kompensation der gekürzten Kreditermöglichung" Vorlage: MV/2015/077**

Herr Rüdiger erklärt, dass er die Antwort der Verwaltung nicht versteht. Er zitiert aus einem ihm vorliegenden Schreiben des Innenministers, in dem dieser sich zu der Kreditaufnahme von 10 Mio Euro für eine Sparkasseneinlage äußert. Herr Rüdiger interpretiert das Schreiben so, dass der Kreditrahmen der Stadt durch diese Kreditaufnahme eingeschränkt ist.

Da die Mitteilungsvorlage dieses so nicht aussagt, bittet er um Überprüfung der Antwort.

Herr Schmidt stimmt den Auszügen aus dem Schreiben des Innenministers, die Herr Rüdiger vorgelesen hat, zu. Allerdings widerspricht Herr Schmidt den Schlussfolgerungen Herrn Rüdigers, die er aus dem Schreiben ableitet. Er betont, wie auch schon in der 21. Sitzung des Rates, dass der Innenminister dem Kredit ausdrücklich zugestimmt und genehmigt hatte. Eine heutige Einschränkung des Kreditrahmens durch den damaligen 10-Millionen-Kredit liegt nicht vor.

---



Da keine weiteren Mitteilungen oder Fragen vorliegen, schließt Frau Palm für die Beratung der folgenden TOP13-15 (alt 12-14) die Öffentlichkeit aus.

#### 16.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Nachdem Frau Palm die Öffentlichkeit wieder hergestellt hat, unterrichtet sie die Öffentlichkeit über die beiden nicht öffentlich gefassten Beschlüsse wie folgt:

##### Zu TOP 14.1

Der Rat hat die Anhandgabe einer ca. 10.000 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des BusinessPark Elbufer zur Weiterentwicklung des Projektes „STARTUP - BusinessPark Elbufer“ an einen Investor und das von ihm beauftragte Planungsbüro mit folgenden Auflagen beschlossen:

- Die politischen Gremien begrüßen die Planungen und beauftragen die Verwaltung eine Realisierung des Projektes auf der Teilfläche weiter zu begleiten.
- Dem Investor wird die Fläche bis zum....., jedoch mindestens bis zur Genehmigungsreife von Bauvorhaben gemäß § 33 BauGB, Anhand gegeben.
- Die Stadt versichert dem Investor, die Teilfläche in diesem Zeitraum keinem anderen Interessenten anzubieten oder darüber Verhandlungen zu führen.
- Details eines späteren Grundstückskaufs, insbesondere der Kaufpreis, sind noch zu verhandeln. Die Stadt wird das Grundstück jedoch zu einem markt- und verkehrsüblichen Kaufpreis veräußern.
- Es ist bei einer Realisierung des Projektes sicherzustellen, dass das gesamte Bauvorhaben in einem absehbaren Zeitraum realisiert werden kann.

##### Zu TOP 14.2

Der Rat die Vergabe der Sanierung eines mit Bodenverunreinigungen belasteten Bereichs des alten Werkhafen am BusinessPark Elbufer an ..... aus ....für € .... beschlossen.

Um 21:10 verabschiedet die Vorsitzende die Anwesenden und schließt die Sitzung.

---

Renate Palm  
Stadtpräsidentin

---

Martina Weisser  
Schriftführerin

Datum der  
Unterschrift \_\_\_\_\_

21.09.2015  
\_\_\_\_\_

